



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration

2. Den Fraktionen

3. Dem Magistrat

4. Nachrichtlich

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 29.01.2009

**Vor der Ausschusssitzung findet die Sitzung der Arbeitsgruppe zur
Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2009
um 16.00 Uhr
ebenfalls im Raum 304 im Rathaus statt.**

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 03. Februar 2009, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschriften vom 27.11. und 02.12.2008

2. 08-F-01-0111

Vorfall an der Albrecht-Dürer-Schule

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2008 -

ANLAGE

3. 08-F-06-0064

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -

ANLAGE

4. 09-F-25-0009

Gegen Übergewicht bei Kindern
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.01.2009 -

Übergewicht bei Kindern stellt nach wie vor ein nennenswertes Phänomen dar. Der Anteil übergewichtiger Schulanfänger in Wiesbaden ist seit Jahren stabil. Z.B ist bei den Schuleingangsuntersuchungen 2007 bei 9,1 % der Kinder ohne sowie 14,5 % der Kinder mit Migrationshintergrund Übergewicht bzw. Adipositas festgestellt worden.

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- >> welche an Schulkinder gerichtete Angebote zur Bewegungsförderung, Ernährungsberatung bzw. Prävention von Übergewicht zur Verfügung stehen. Gibt es spezielle Programme für Kinder aus Migrationsfamilien?
- >> welche Erkenntnisse ihm in Bezug auf die Inanspruchnahme durch die Eltern betroffener Kinder vorliegen.

5. 09-F-25-0010

Neues Peer Education Projekt "mirror"
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.01.2009 -

Der Presse war zu entnehmen, dass es ein neues Peer Education Projekte „mirror“ zum Thema Migration an der Wilhelm-Heinrich-von-Rhiel-Schule gibt.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über den Sachstand zu diesem Projekt zu berichten.

6. 09-F-01-0010

Integration von Frauen mit Migrationshintergrund./ Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2009 -

Der Integrationsbericht 2007 geht auch auf die Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten ein (Seite 35). Dabei wird festgestellt, dass „die Erwerbsbeteiligung von

Ausländern und Ausländerinnen unterdurchschnittlich [ist]; die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit dagegen überdurchschnittlich." Vor allem Frauen sind hiervon betroffen. Leider liegen keine genauen Zahlen über den Anteil der sozialversicherungspflichtigen erwerbstätigen Ausländerinnen vor. Die Daten aus dem SGB II-Eingliederungsbericht 2007 des Amtes für Soziale Arbeit zeigen jedoch; dass (etwa im September 2006) lediglich 34 Prozent der Ausländer zwischen 18 und 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren (bei den Deutschen immerhin 55 Prozent). Wenn man berücksichtigt, dass die Beschäftigungsquote der Frauen ungefähr fünf Prozentpunkte unterhalb der Männer angesiedelt ist, ist davon auszugehen, dass weniger als 30 Prozent der Ausländerinnen (deutsche Frauen über 48 Prozent) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen..

Dies bedeutet für die Landeshauptstadt Wiesbaden, dass überdurchschnittlich viele Migranten-Haushalte auf Zuschüsse aus dem SGB II angewiesen sind, obwohl häufig eine Person über ein Erwerbseinkommen verfügt. Denn in Wiesbaden benötigen Familien infolge hoher Mieten und sonstiger hoher Lebenshaltungskosten gerade im Sektor der einfacheren Tätigkeiten häufig zwei Einkommen, um ausreichend versorgt zu sein. Zum anderen ist es Ziel der Integrationsarbeit, dass sich gerade die sozioökonomischen Bedingungen von Migranten und der Aufnahmegesellschaft immer weiter angleichen. Daher ist eine Annäherung der Erwerbstätigen-Quote von Ausländerinnen und Deutschen durchaus ein wesentliches Ziel der Integrationsarbeit.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, beispielhafte Projekte und Konzepte zu entwickeln, um die Quote der erwerbstätigen Migrantinnen zu steigern und diese Konzepte dem Ausschuss vorzustellen

7. 08-F-25-0067

Alkoholmißbrauch von Jugendlichen in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

ANLAGE

8 08-A-21-0002

Sachstand zum Bürgerbüro
- Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration -

ANLAGE

9. 08-V-33-0007

DL 01/09-5

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden

10. 09-V-10-0003

DL 03/09-3

Zuschüsse für Stadtteilpartnerschaften

11. 08-V-30-0009

DL 01/09-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IV Wiesbaden-Frauenstein

12. 08-V-30-0010

DL 01/09-4

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

13. VERSCHIEDENES

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende